

Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO

Beschäftigung von Mitarbeitern

Wohnungsbaugesellschaft Villingen-Schwenningen mbH
Oberdorfstr. 6, 78054 Villingen-Schwenningen

► **Datenschutzbeauftragter:**

Externer Datenschutzbeauftragter bestellt über:
WTS Wohnungswirtschaftliche Treuhand Stuttgart GmbH
Herdweg 52/54, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711/16345410, Mail: dsb-wts@wts-vbw.de

► **Zweckbestimmung der Datenverarbeitung:**

Abschluss, Durchführung und Beendigung von
Beschäftigungsverhältnissen

1. Bearbeitung der Bewerbung für eine Arbeitsstelle
2. Bei erfolgreicher Bewerbung Abwicklung des
Arbeitsverhältnisses:
 - a. Gehaltszahlung
 - b. Abführung der Lohnsteuer- und Sozialabgaben

► **Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:**

Rechtfertigung

1. Vertrag: Arbeitsvertrag, Anbahnung Arbeitsvertrag
2. Gesetz: Arbeitszeitgesetz, Betriebsverfassungsgesetz,
Steuer- und Sozialversicherungsgesetze,
Buchhaltungspflichten nach HGB und Steuergesetzen

► **Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten:**

1. Intern
 - a) Geschäftsführung
 - b) Weitere Abteilungen des Unternehmens, die
mit der Verarbeitungstätigkeit bzgl. der Erfüllung
der Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis
beauftragt sind
 - c) Aufsichtsrat im Rahmen seiner
Überwachungspflichten bzw. von diesem beauftragte
sachverständige Dritte
 - d) Betriebsrat
 - e) Datenschutzbeauftragter
2. Extern
 - a) Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Berater
 - b) Gläubiger des Beschäftigten bei vorliegenden
Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen
 - c) Dienstleister für die Lohnabrechnung
3. Ämter und Behörden (sofern Daten auf gesetzlicher
Grundlage angefordert werden bzw. bereitzustellen
sind)
 - a) Sozialversicherungsträger
 - b) Finanzbehörden

► **Geplante Datenübermittlung in Drittstaaten:**

Es erfolgt keine Übermittlung in Staaten außerhalb der EU und dies ist auch nicht geplant.

► **Nach Artikel 13 Abs. 2 DSGVO zur Verfügung zu stellende Informationen:**

1. Betroffenenrechte – Sie haben das Recht auf:

- a) Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten
- b) Berichtigung Ihrer hinterlegten personenbezogenen Daten
- c) Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten
- d) Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten
- e) Widerspruch (speziell bei zuvor gegebenen Einwilligungen)
- f) Datenübertragbarkeit

2. Speicherdauer

- a) Daten aufgrund von Vertragsanbahnung werden gelöscht, wenn es nicht zu einem Vertragsabschluss kommt und gesetzliche Aufbewahrungs- bzw. Nachweisfristen der Löschung nicht entgegenstehen.
- b) Während des bestehenden Vertragsverhältnisses erfolgt die Speicherung nach den gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften.
- c) Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften bzw. zum Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses und bestehender Rentenansprüche im Interesse des Arbeitnehmers ggf. auch bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter.

3. Widerruf bei Einwilligung:

Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten aufgrund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen. Die Speicherung Ihrer Daten erfolgt auf vertraglicher Grundlage bzw. aufgrund einer Vertragsanbahnung. Eine Einwilligung liegt in solchen Fällen nicht vor.

4. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

- a) Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt.
- b) Beschwerden richten Sie bitte an:
Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstr. 10a
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/6155410
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

5. Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folgen der Nichtbereitstellung:

Die Bereitstellung ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich bzw. wir sind gesetzlich verpflichtet, diese Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung dieser Daten bestehen (Sozialversicherung, Steuer), würden wir einen Gesetzesverstoß begehen, der ggf. straf- oder bußgeldbewehrt wäre.

6. Automatische Entscheidungsfindung:

Eine automatisierte Entscheidungsfindung erfolgt nicht.